



Interviews

Datum: 15. Februar 2024

Bernd Lange, SPD, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel im Europaparlament, im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann.

Dirk-Oliver Heckmann: Was tun gegen Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung, mit deren Hilfe Produkte auch in Europa und in Deutschland verkauft werden? Seit einem Jahr ist in Deutschland ein Lieferkettengesetz in Kraft und SPD, Grüne und FDP hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, sich auch auf europäischer Ebene für ein solches Gesetz einzusetzen, das allerdings den Mittelstand nicht überfordern dürfe. Doch nachdem sich EU-Kommission, EU-Parlament und Ratspräsidentschaft auf einen Kompromiss verständigt hatten, legte die FDP in Berlin ihr Veto ein. Begründung: Die Unterhändler hätten ihr Mandat überschritten. Weil sich auch andere Länder dem Widerstand angeschlossen hatten, ist die finale Abstimmung der EU-Botschafter am Freitag abgesagt worden, und auch ein neuer Anlauf, der für gestern avisiert war, kam nicht zustande. FDP-Chef und Finanzminister Lindner hat bereits mitgeteilt, dass man sich nach der Europawahl im Juni wieder mit dem Thema befassen könne, und Regierungssprecher Hebestreit ließ gestern verlauten, die Gespräche seien geführt, es gebe nichts Neues zu vermelden. – Am Telefon begrüße ich dazu Bernd Lange von der SPD, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel im Europaparlament. Guten Morgen, Herr Lange.

Bernd Lange: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: War es das jetzt mit dem geplanten EU-Lieferkettengesetz?

Lange: Nein! Die belgische Ratspräsidentschaft redet mit den Mitgliedsländern und es gibt einige, die immer schon gesagt haben, aus verschiedenen Gründen sind wir dagegen, wie zum Beispiel Schweden oder wie die Tschechen. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Mitgliedsländern, die das aus verschiedenen Gründen wollen, zum Beispiel Frankreich. Die haben ja auch ein eigenes Lieferkettengesetz und die Argumentation ist ähnlich wie in der deutschen Industrie auch, im Rahmen des Binnenmarktes brauchen wir im Grunde ein europäisches, weil es sonst Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU gibt.

Heckmann: Weil es in Deutschland bereits ein deutsches Lieferkettengesetz auf nationaler Ebene gibt, an das sich die Unternehmen halten müssen?

Lange: Ganz genau. Das haben andere Länder wie Polen oder wie Spanien nicht und von daher gibt es schon einen Unterschied. Deswegen ist die überwiegende Mehrheit der Mitgliedsländer auch dafür.

Heckmann: Eine Mehrheit gibt es aber nicht im Ministerrat und deswegen sind die Abstimmungen ja auch verschoben worden. Finanzminister Lindner hat gesagt, wir können uns nach der Wahl im Juni noch mal das Thema vornehmen. Sie denken aber, es ist da noch was möglich?

Lange: Ja, zumal es gibt ja durchaus mit dem europäischen Gesetz auch eine Erleichterung für den Mittelstand in Deutschland, weil bestimmte Berichtspflichten würden wegfallen. Die würden in das normale Geschäftsberichtswesen hineingehen. Wir würden auch stärker fokussieren. Es macht ja einen Unterschied, ob man Ahornsirup aus Kanada importiert oder das T-Shirt aus Bangladesch. Da muss man nicht mit dem Rasenmäher ran. Es gibt auch Vorteile durch das europäische Gesetz und deswegen ringen wir darum.

Und ja, durch das Enthalten Deutschlands – nebenbei finde ich es auch nicht okay, dass man am 8. Dezember zustimmt und dem deutschen Botschafter Herrn Clauß sagt, stimmen Sie mal zu, und dann im Januar eine Kehrtwende macht und dann versucht, mit vier Prozent im Rücken die ganze EU aufzumischen.

Heckmann: Die FDP stellt das in Abrede, dass sie eine Kehrtwende gemacht hat. Sie hat gesagt, der Entwurf hätte für den Mittelstand eine ungeheure Bürokratie ausgelöst, ohne dass den Menschenrechten geholfen gewesen wäre. Dabei habe die FDP immer klargestellt, dass das Lieferkettengesetz erstens wirksam sein muss, auch mit Blick auf Menschenrechte, und zweitens dürfe es vor allem den Mittelstand nicht überfordern, und das sei seit über einem Jahr in Brüssel bekannt gewesen. Kann man sich da noch wundern über die Haltung der FDP?

Lange: Ich habe ja gerade gesagt: Wenn man sich das Gesetz und die einzelnen Bestimmungen anguckt, dann kann man sogar sagen, es gibt gegenüber dem deutschen Gesetz eine Entlastung, und gerade was den Mittelstand anbetrifft, weil wir auch zum Beispiel eine Datenbank einführen wollen, so dass jeder mit einem Knopfdruck sehen kann, gibt es in dem Land oder vielleicht mit dem konkreten Zulieferer ein Problem und ist da eine Maßnahme notwendig.

Nein, die Argumentationen greifen nicht, und das Mandat ist auch nicht überschritten worden. Das Problem ist, dass die FDP versucht, mit einer Strategie Regieren, um zu blockieren, dort eigene Aufmerksamkeit zu erzielen. Ich glaube, sie schießen der eigenen Klientel auch ins Knie, weil, wie gesagt, viele Unternehmen genau das auch wollen, damit sie im Binnenmarkt Waffengleichheit haben.

Noch einmal zu der Situation: Das kritische Land ist im Moment Italien, die ursprünglich zustimmen wollten und dann im Diskussionsprozess ein bisschen einen Rückzieher gemacht haben. Deswegen gibt es jetzt einen intensiven Dialog mit Italien. Es gab auch noch mal ein paar Problemstellungen mit Luxemburg, die die Einbeziehung der Finanzdienstleistungen nicht wollten – muss man auch im Moment nicht machen, sondern es geht erst mal darum, ein gutes Gesetz hinzukriegen, so dass wir jetzt noch mal auf verschiedenen Ebenen mit Italien reden. Ich bin auch ganz zuversichtlich, dass wir das in dieser Legislatur hinkriegen.

Heckmann: Da sind wir gespannt, wie das in den nächsten Tagen und Wochen sich gestalten soll. – Arbeitsminister Hubertus Heil von der SPD, Ihr Parteikollege, der hat der FDP ideologisch motivierte Blockadehaltung vorgeworfen. (Man spricht hier über Koalitionspartner in Berlin.) Die FDP sagt aber, noch einmal, das EU-Gesetz geht über das deutsche Gesetz hinaus. Es sind in der Tat mehr Unternehmen betroffen, auch kleinere Unternehmen, und die FDP hat immer gesagt, eine Haftung dürfe es nur geben für die betroffenen Unternehmen, wenn eine sogenannte Safe Harbour Regelung enthalten ist. Das heißt, Unternehmen können sich vor Klagen schützen, wenn sie einem Verband beispielsweise beitreten, der sich für Menschenrechte einsetzt. War es ein Fehler von den Unterhändlern, sich nicht an diese Bedingungen zu halten?

Lange: Die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes ist, glaube ich, ein Reflektieren auf das Mandat, auch was Deutschland hatte, weil zwar der Anwendungsbereich über die formalen tausend Beschäftigten des deutschen Gesetzes hinausgeht, aber eine Priorisierung stattfindet und damit eine Erleichterung stattfindet. Was wir im Moment haben ist ein bisschen Rasenmäher. Alle werden gleichbehandelt. Die gleichen Fragebogen müssen ausgefüllt werden und das macht im Grunde keinen Sinn, weil wir in vielen Bereichen unserer Exporte und Importe ja keine Problemstellung haben. Es gibt einige, wo wir sehen, dass Arbeitnehmerrechte verletzt werden, dass Umweltstandards nicht eingehalten werden, und da müssen wir zielgenau hin und das wird mit dem europäischen Gesetz erreicht. Insofern trifft der Vorwurf wirklich nicht und noch mal: Ich bin der festen Überzeugung, dass das eigene Klientel, was die FDP immer hochhält, Wirtschaft und Mittelstand, im Grunde davon profitiert, und viele Unternehmen sagen ja genau das auch. Da wird an der Zielrichtung vorbeiarargumentiert mit dem Hintergrund, Publizität für die eigene Position zu erzielen und zu wollen.

Heckmann: Juso-Chef Türrer hat ein Machtwort des Kanzlers gefordert. Sie auch. Sind Sie enttäuscht, dass das nicht kam?

Lange: Man kann nicht immer die Richtlinienkompetenz des Kanzlers nutzen. In einer Koalition geht es eigentlich darum, dass man gemeinsam was nach vorne bringt.

Heckmann: Aber in bestimmten Punkten hat er ja von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht, Beispiel EU-Asylpolitik oder auch Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Wir erinnern uns.

Lange: Genau! Aber wie gesagt, man kann das nicht immer machen. Und wir müssen auch, glaube ich, mit der FDP sehr, sehr deutlich darüber reden, ob wir entweder gemeinsam was weiter nach vorne bringen, oder diese Strategie Regieren, um zu blockieren, nach wie vor gelten soll. Da muss man gucken, wie es eigentlich weitergeht.

Nein, das ist schon eine sehr seriöse Herausforderung, die Regierung wieder zusammenzubringen. Das kann man nicht immer nur mit einem Machtwort machen.

Heckmann: Regieren, ohne zu blockieren. Das heißt, Sie stellen im Prinzip die Zusammenarbeit mit den Liberalen eigentlich grundsätzlich in Frage, oder?

Lange: Es gibt viele Überschneidungen und viele Gemeinsamkeiten. Bloß dieses im Grunde Spielen mit dem Gedanken, wir können vielleicht aus dem Vier-Prozent-Silo herauskommen, indem wir uns profilieren, dieses Spielen das muss aufhören.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.